



Haushaltsrede von Bürgermeister Tobias Stockhoff

anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2024 der Stadt Dorsten

in den Rat der Stadt Dorsten am 20.09.2023

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

unserem Stadtkämmerer Karsten Meyer sowie seinem Team im Amt für Kommunale Finanzen und im Amt für Verwaltungsmanagement und -service sowie allen Fachämtern – insbesondere den Budgetbeauftragten – gilt mein erstes große Dankeschön für die Aufstellung des Haushaltes 2024. Auch in diesem Jahr musste aufgrund sehr spät gelieferter Orientierungsdaten bzw. Zahlen für die Schlüsselzuweisungen bis zum Schluss intensiv an der Haushaltseinbringung gearbeitet werden.

Herzlichen Dank dafür!

Das Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, kann uns nicht glücklich stimmen. Ein originäres Defizit von rund 14 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2024 – das entspricht rund 2 Dritteln unserer jährlichen Grundsteuereinnahmen.

Zur besseren Einordnung: Mit diesem Wert stehen wir im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf dem zweitbesten Platz im Kreis Recklinghausen. Selbst unsere nördlichen Nachbarn haben geplante Defizite im ein- bis zweistelligen Millionenbereich. Von den über 80 Millionen Defizit in unserer Nachbarstadt Marl möchte ich erst gar nicht reden.

Was nützt es aber dem Ertrinkenden, wenn er sich in „guter Gesellschaft“ mit weiteren Ertrinkenden befindet?

Über die Ursachen, die auch die Privathaushalte und die Unternehmen in unserem Land und unserer Stadt belasten, hat unser Kämmerer Karsten Meyer schon einiges gesagt:

- hohe Inflationsrate
- explodierende Strom- bzw. Energiepreise
- weglaufende Baukosten
- Lohnabschlüsse mit 10 und mehr Prozent
- Leichter Anstieg der Arbeitslosigkeit
- steigende Sozial- und Jugendhilfekosten
- ...

All diese Gründe sind in Dorsten nur sehr bedingt und in großen Teilen überhaupt nicht lokalpolitisch zu beeinflussen oder zu steuern.

Sie sind vielmehr das Ergebnis der weltpolitischen Lage und in manchen Punkten auch das Resultat von wenig durchdachter und abgestimmter Politik der Bundesregierung. Besonders ärgerlich für uns Städte und Gemeinden ist dabei, dass der Bund sich aktuell noch aus seiner Verantwortung bei einer Altschuldenregelung stiehlt. Wir werden jedoch als kommunale Familie den ehemaligen Finanzminister und heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz stetig auf seine Zusage der hälftigen Übernahme hinweisen.

Bitte sehen Sie mir diesen kleinen Abstecher in die Bundespolitik nach. Er soll lediglich daran erinnern, dass Bund und Länder gemäß unserem Grundgesetz und unserer Landesverfassung eine ausreichende Finanzierung der Städte und Gemeinden sicherzustellen haben.

An dieser Stelle will ich ausdrücklich Landrat Bodo Klimpel und weite Teile der Kreispolitik loben, die seit etlichen Jahren und auch bei diesem Entwurf für den Kreishaushalt 2024 deutlich machen, dass die zehn Städte im Kreis nicht belastet, sondern entlastet werden sollen. Das ist keineswegs selbstverständlich.

Kommen wir aber zurück zu uns als Stadt Dorsten.

Zunächst einmal bin ich unserem Stadtkämmerer Karsten Meyer und seinem Team dankbar, dass Sie uns Vorschläge machen, mit denen wir das Defizit von rund 14 Millionen Euro auf ca. 7 bis 8 Millionen senken können. Diese Vorschläge sind sicherlich nicht alle unkritisch und greifen teilweise massiv in die personelle Leistungsfähigkeit der Verwaltung und ins Angebot unserer Stadt ein. Aus diesem Grund werden wir klug abwägen müssen, was davon sinnvoll bzw. notwendig ist.

Dass wir als Rat der Stadt und als Stadtverwaltung gemeinsam mit der Bürgerschaft durch eine solide und nachhaltige Finanzpolitik in den vergangenen Jahren Rücklagen bzw. Eigenkapital für schlechtere Zeiten haben aufbauen können, bringt uns jetzt Zeit, ist aber langfristig auch keine wirkliche Beruhigung, da Rücklagen irgendwann aufgebraucht sind. Geschätzt wird das in Dorsten in den nächsten 3 bis 5 Jahren der Fall sein, da das Defizit strukturell bedingt ist und sich in der mittelfristigen Finanzplanung fortsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Haushalt 2024 macht einmal mehr deutlich, dass wir als Stadtgesellschaft vor fundamentalen Herausforderungen stehen.

Und damit meine ich keineswegs nur die finanziellen und personellen Herausforderungen. Ich meine sehr wohl auch die sozialen und ökologischen Herausforderungen.

Wir stellen durch Sanierung, Erweiterung oder Neubau aktuell unsere Schul- und KiTa-Landschaft auf eine vollkommen neue Basis. Mit Hilfe von Stadt- und Dorfentwicklungsmitteln machen wir unsere 11 Stadtteile lebenswerter.

Wir schaffen planerische Grundlagen, damit neue Arbeitsplätze wie z. B. bei Levi's geschaffen werden können. Wir erneuern Schritt für Schritt und so effektiv wie möglich unsere Spielplätze und Straßen und achten dabei auf bessere Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer. Aktuell werden bei uns die regenerativen Energien effizient und verträglich mit guten Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerschaft ausgebaut.

Ohne Zweifel: Die wirtschaftliche Lage vieler Städte und Gemeinden ist aktuell mehr als besorgniserregend. Aus meiner Sicht schieben wir jedoch eine zentrale Herausforderung vor uns her, blenden diese aus und negieren sie sogar mit politischen Vorgaben, die nicht selten von der Bundes- und Landesebene den Kommunen gemacht werden:

Im vergangenen Jahr 2022 sind rund 1.000.000 Menschen aus dem Berufsleben ausgeschieden. Aber nur rund 700.000 Menschen sind ins Berufsleben eingestiegen.

Auch ohne Studium der Mathematik oder der Volkswirtschaftslehre kann jede und jeder schnell erkennen, dass alleine aus 2022 also 300.000 Menschen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen fehlen. Und in diesem Jahr 2023 werden weitere 300.000 Menschen folgen. Und in 2024 weitere über 300.000 Menschen. Mit dem Hinweis, dass das die Erklärung für den Fachkräftemangel ist, könnte ich diesen Absatz jetzt beenden.

Aber was machen Bund und Länder und in Teilen auch wir Kommunen?

Wir erhöhen munter Standards:

- Wir bauen neue Rettungswachen und benötigen dafür knapp 200 Menschen im Kreis Recklinghausen mehr.
Dass wir die aktuellen Stellen schon nicht besetzt bekommen – wen kümmert's?
- Der Bund schafft den Rechtsanspruch auf den OGS-Platz und gleichzeitig drohen in allen Städten und Gemeinden in den nächsten Wochen massive Leistungskürzungen in den KiTas. In Münster können beispielsweise maximal noch 35 Stunden pro Woche gebucht werden – weil die Kommunen und freien Träger nicht mehr ausreichend Personal im KiTa-Bereich finden.
- Die gleichen Entwicklungen sehen wir im Bereich der Kranken- und Altenpflege sowie der Fürsorge für Menschen mit Behinderungen. Die bestehenden Arbeitsplätze können nicht besetzt werden, es werden durch immer neue Standards aber mehr und mehr neue Stellen – ich betone: unbesetzte Stellen – geschaffen.
- Wir reden über 4-Tage-Woche – manche sogar bei weniger Wochenstunden, aber gleicher Bezahlung – obwohl wir jetzt schon im Handwerk mehr Aufträge als personelle Kapazitäten zum Abarbeiten der Aufträge haben.
- Der Staat überträgt immer mehr Aufgaben, die früher der oder die Einzelne bzw. Nachbarnschaften oder Vereine übernommen haben, durch immer neue Gesetze und Standards auf die staatliche Gemeinschaft. Das Anspruchsdenken in Richtung Staat nimmt dadurch mehr und mehr zu, obwohl der Staat an vielen Stellen schon seinen bisherigen Aufgaben aufgrund von Ressourcenmangel nicht mehr nachkommen kann.

An dieser Stelle möchte ich deutlich klarstellen: Ich will die grundsätzliche Sinnhaftigkeit von Standarderhöhungen gar nicht in Frage stellen. Vieles davon ist und mag sinnvoll, mindestens aber wünschenswert sein. Problem ist jedoch, wir blenden dabei die Realität auf dem Arbeitsmarkt vollkommen aus. Es wird so getan, als würde man Lösungen schaffen, dabei ist von Beginn an klar, dass diese Lösungen gar nicht umsetzbar sind, sondern nur auf dem Papier gut aussehen.

Statt uns endlich mit den demographischen Herausforderungen ernsthaft auseinanderzusetzen und auch unbequeme Botschaften zu erklären und für nachhaltige Ansätze zu werben, verteilen alle Ebenen lieber durch Gesetze und Beschlüsse vermeintliche Wohltaten durch Erhöhungen von Standards.

Die stetig steigende Individualisierung und der damit einhergehende Leistungsanspruch an die Gemeinschaft leisten ihren beschleunigenden Beitrag dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

soweit die schonungslose Kurzanalyse. Als Bürgermeister sehe ich es aber als meine Aufgabe an, dass ich Ihnen mit dieser Haushaltsrede jedoch auch einen möglichen Lösungsansatz benenne. Ich glaube, einen Ansatz, der bereits an zahlreichen Stellen unter Beweis gestellt hat, dass er funktioniert.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es ein Schlüsselwort gibt, das den Ansatz auf den Punkt bringt:

Subsidiarität!

Dieser Kernbegriff aus der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre bringt verschiedene Botschaften – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – auf den Punkt:

- Für meine Probleme habe ich zunächst einmal eine eigene Verantwortung, diese zu lösen!
- Gelingt mir das trotz aller Anstrengungen nicht, sind stufenweise Familie, Nachbarschaft, Stadtteil, Vereine und Stadtgesellschaft gefordert.
- Die Menschen, die z. B. durch Krankheit, Alter oder Behinderung dazu nicht in der Lage sind, tragen mit ihren Möglichkeiten soweit sie es können zur Lösungsfindung bei und erhalten die Solidarität der staatlichen Gemeinschaft, die notwendig ist!

Bei der Subsidiarität wird stets die größtmögliche Eigenverantwortung und Selbstbestimmung des einzelnen Menschen, der Familie oder der Kommune angestrebt, soweit dies sinnvoll und leistbar ist.

Dieses Prinzip ist übrigens ein Fundament unseres Staates und findet sich sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch bei der Europäischen Union im s. g. Subsidiaritätsprinzip wieder.

Es besagt, dass die nächst höheren staatliche Institutionen nur dann regulativ eingreifen dürfen, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer kleineren Gruppe oder niedrigeren Hierarchie-Ebene allein nicht ausreichen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Regulierungskompetenz sollte somit immer „so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig“ angesiedelt sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich glaube, wir sind hier gemeinsam in Dorsten schon lange auf einem guten Weg.

Diesen Weg müssen wir jedoch konsequent weitergehen. Ich glaube, dass wir uns damit als Stadtgesellschaft auch einen Vorteil im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden herausarbeiten können. Dabei gehören für mich folgende Bausteine unerlässlich dazu, die wir gemeinsam als Stadtrat und als Stadtverwaltung stärken und fördern müssen.

1. Erhöhung der Identifikation mit der Stadt, dem Stadtteil und der Nachbarschaft. Wer sich als Teil der Stadtgesellschaft sieht, sieht sich auch als Teil der Lösung und wirkt aktiv mit. Diese Menschen kümmern sich in der Regel um ihr Umfeld und die Umwelt.
2. Wer mitwirkt, der soll auch mitreden und mitentscheiden. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement gehören für mich untrennbar zusammen.
3. Vertrauen von Seiten der Politik und der Verwaltung in die Selbstregulierung, die aus dem bürgerschaftlichen Engagement wächst.
4. Stärkung der Familie, der Nachbarschaften und Quartiere. Viele Bereiche unserer Stadt manchen uns vor, welche großartigen Ideen und Lösungen daraus entstehen können.
5. Wertschätzung durch Entbürokratisierung des ehrenamtlichen Engagements.
6. Einfordern von Engagement und Ehrenamt insbesondere bei den Menschen, die bisher nur das in Anspruch genommen haben, was andere für sie tagtäglich im Ehrenamt und im Hauptamt schaffen.
7. Werbung für das Ehrenamt und Engagement in den Gruppen (vgl. Baby-Boomer-Generation), die jetzt aus dem Berufsleben in die Rentenphase wechseln.
8. Vermittlung in Schulen und allen staatlichen Institutionen, dass Engagement und Ehrenamt zwingend notwendig für eine gute Stadtentwicklung sind.
9. Eine wertschätzende Engagementstrategie für Menschen, die hier z. B. durch Flucht oder lange Arbeitslosigkeit noch keine Stelle auf dem regulären Arbeitsmarkt gefunden haben. Wir können es uns nicht leisten, dass tausende Menschen in dieser Stadt durch den Staat finanziert werden, ohne dass dem eine notwendige, aber freiwillige Gegenleistung in Form von Engagement für die Gemeinschaft gegenübersteht.

10. Kreative Aufgabenkritik, was zukünftig staatlich und rein hauptamtlich, was ehren- und hauptamtlich und was nur ehrenamtlich in unserer Stadt erledigt werden kann und soll.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir ohne ein Umsteuern und eine Besinnung auf diese wichtigen Werte der Subsidiarität am Ende die Herausforderungen dieser Zeit nicht lösen werden.

Vor gut zwei Wochen haben wir gesehen, dass bestimmte Tugenden am Ende Unmögliches möglich machen kann. Die überregionale österreichische Tageszeitung „Kurier“ schrieb über den Weltmeistertitel der deutschen Basketball-Nationalmannschaft:

*„Geschlossenheit und Entschlossenheit,
Mut und Disziplin,
Selbstvertrauen und Cleverness.
Die deutschen Basketballer zeigten all jene deutschen Sporttugenden,
die ihren kickenden Landsleuten aktuell in Abrede gestellt werden.“*

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Tugenden uns auch helfen werden, die politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen unserer Zeit zu lösen.

Dazu lade ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich ein. Der Haushalt 2024 kann dabei nur der Auftakt sein, sich einer Aufgabenkritik zu stellen.

Einer Aufgabenkritik, an deren Ende nicht einfach „Streichen“ stehen, sondern vielmehr die Frage beantwortet werden soll: Ist uns etwas (so) wichtig, dass wir es gemeinschaftlich erhalten, weiterentwickeln oder sogar etwas Neues schaffen!

Dorsten hat bewiesen, dass wir das können – etwa mit

- der Kleinschwimmhalle in Lembeck,
- der BiBi am See in Wulfen,
- dem Kunstrasenplatz von Rot-Weiß Dorsten,
- dem Franz* in der Altstadt,
- der Bouleflächen in Östrich,
- dem Schulhof in Deuten,
- der Hohen Brücke in der Feldmark,
- dem Pestalozzi-Park auf der Hardt,
- dem Heimathaus in Hervest,
- der Mühle in Rhade,
- oder dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Holsterhausen.

Unser Ziel muss jetzt sein – gerade auch mit Blick auf den Generationenwechsel im Ehrenamt – neue überzeugte Dorstenerinnen und Dorstener zu gewinnen, die zu Stadtgestalterinnen und Stadtgestaltern werden wollen.

Herzlichen Dank für Ihr Mitwirken!